

Aus dem Plenum

Mit 37 Punkten war die Tagesordnung der ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause reich gefüllt. Im Fokus des Interesses standen die Beratungen zum Thüringer Landeshaushalt 2012, welcher in erster Beratung im Plenum diskutiert wurde. Der Landeshaushalt soll 2012 knapp neun Milliarden Euro betragen und ohne Neuverschuldung auskommen. Somit wird gegenüber dem Vorjahr eine halbe Milliarde Euro eingespart. Circa 668 Millionen Euro werden für die Kredittilgung verwendet. Außerdem berieten die Abgeordneten des Thüringer Land-

tags erstmals über den von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungszeitengesetzes. Dieser sieht die Öffnung von Bäckern, Blumenläden und Hofläden aller Art Sonntagmorgen bereits um 7.00 Uhr statt um 8.00 Uhr vor. Ferner sollen Landkreise und kreisfreie Städte zukünftig selbst entscheiden können, ob die Geschäfte am ersten oder am zweiten Adventssonntag ihre Türen für kaufwillige Kunden öffnen. Bisher war dies nur am ersten Adventssonntag gestattet. Damit das Gesetz Ende des Jahres mit

den von den Fraktionen geforderten Änderungen beschlossen werden kann, wurde es zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss und in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Federführend ist hierbei der Sozialausschuss. Zudem wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und der Versorgung in den Jahren 2011 und 2012 verabschiedet. Demnach erhalten Thüringer Beamte eine Gehaltserhöhung in zwei Stufen. In ihrer aktuellen Stunde thematisierte die Fraktion der CDU die Weiterentwicklung der Thürin-

ger Grundschule und die Zukunft des Thüringer Horts. Die SPD nutzte ihre Aktuelle Stunde, um über mögliche Auswirkungen der PKW-Maut zu debattieren. Unter dem Thema „Finanznot der Thüringer Kommunen ernst nehmen“ diskutierte die Fraktion der LINKEN. Die FDP griff das Thüringer Ministergesetz auf und forderte eine ihrer Ansicht nach maßvolle Gestaltung der Ministerpensionen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzten sich in ihrer aktuellen Stunde für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Thüringen ein.

Thüringer Landtag wehrt sich gegen NPD-Aufmarsch

Mit der Präsentation von Schautafeln und einer szenischen Lesung hat der Thüringer Landtag am 15. September, 76 Jahre nach der Verabschiedung der sogenannten Nürnberger Rassengesetze im Jahr 1935, an eines der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte erinnert und sich so zugleich gegen den Aufmarsch der NPD vor dem Landtagsgebäude gewehrt. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) und der Landtagsvorstand präsentierten gemeinsam drei Schautafeln, die auf das Motto der NPD-Demonstration „Arbeit“, „Familie“ und „Heimat“ Bezug nahmen und anhand historischer Fotografien deutlich machten, wie diese Begriffe im Nationalsozialismus missbraucht wurden und welches Leid damit über die Menschen gebracht wurde. Im Anschluss daran fand im Außenbereich des Landtags eine szenische Lesung mit dem

Titel „Ausgrenzung, Entrechtung, Vertreibung, Beraubung, Deportation, Zwangsarbeit und

onsstand der Landeszentrale für politische Bildung, Publikationen zur Zeitgeschichte ver-

monstration am 15. September durchzuführen, stellt nicht nur eine Geschmack- und Instinktlosigkeit dar. Darin offenbart sich vor allem der Wille zur Provokation. In Anbetracht der historischen Zusammenhänge gilt es, dem Aufmarsch der NPD und ihren demagogischen Parolen eine klare Absage zu erteilen.“ Weiter fügte sie an: „Wir Abgeordnete des Thüringer Landtags haben uns zu Beginn der 5. Legislaturperiode in einer gemeinsamen Erklärung dazu verpflichtet, allen Bestrebungen, die das friedliche Zusammenleben der Gesellschaft gefährden, Einhalt zu gebieten. Das ist der Grundkonsens unserer parlamentarischen Arbeit, den wir niemals verlassen werden. Wir treten aktiv für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Thüringen ein und wenden uns aus diesem Grund gemeinsam gegen den geplanten Aufmarsch der NPD.“



Ermordung“ in Anwesenheit des ehemaligen Buchenwald-Häftlings Gert Schramm statt, in der anhand zahlreicher Quellenzitate die Judenverfolgung in Deutschland und insbesondere in Thüringen veranschaulicht wurde. Außerdem wurden im Foyer an einem Informati-

teilt. Im Anschluss an die NPKundgebung entsorgten Politiker aller Fraktionen symbolisch mit Besen und Mülltonnen die Hinterlassenschaften der NPKundgebung. Im Namen aller Abgeordneten erklärte Landtagspräsidentin Diezel (CDU): „Eine NPD-De-

Kurz gemeldet

+++ Im Rahmen der Ausstellung „Hügellandschaften“ der Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Jugendkunstschulen präsentieren Kinder und Jugendliche vom 26. August bis zum 18. September ihre künstlerischen Arbeiten im Thüringer Landesparlament. +++ Vizepräsidentin Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE) übernahm die Schirmherrschaft für die Veranstaltung BdB-World-Café – Dialog-Tour 2011 des Bundesverbands der Berufsbetreuer Thüringen e.V. Das Thema des Treffens am 7. September im Landtag war „Quo vadis Betreuung?“. +++ Am 14. September fand der Parlamentarische Abend der Telekom unter dem Thema „Breitbandausbau in der Fläche“ statt. Die Abgeordneten informierten sich über die wirtschaftliche Bedeutung einer leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur für den Freistaat. +++ Ebenfalls am 16. September besuchten sechs Saaldniener des Deutschen Bundestags den Thüringer Landtag. Dabei informierten sie sich u.a. in einem Gespräch mit Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) über die parlamentarischen und organisatorischen Abläufe eines Landesparlaments. +++

Aus der Arbeit der Ausschüsse

Konstituierende Sitzung des Europaausschusses

Am 9. September 2011 kamen die Mitglieder des Europaausschusses zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Zu ihrem Ausschussvorsitzenden wählten die Mitglieder Jörg Kubitzki (DIE LINKE). Stellvertretende Vorsitzende wurde Dorothea Marx (SPD). Besondere Bedeutung kam der Ausschusssitzung zudem durch den Besuch des Gesandten der polnischen Botschaft in Berlin, Andrzej Szyka, zu, der die Mitglieder des Ausschusses über die Schwerpunkte und Ziele der polnischen EU-Ratspräsidentschaft und ihre möglichen Auswirkungen auf Thüringen informierte. Der Vorsitzende des Ausschusses Jörg Kubitzki (DIE LINKE) erklärte dazu: „Für den Europaausschuss ist es von besonderer Bedeutung, aus erster Hand über die

Schwerpunkte der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft unterrichtet zu werden. Der Besuch des polnischen Gesandten im Europaausschuss ist darüber hinaus Ausdruck der guten Beziehungen zwischen Thüringen und Polen, insbesondere auch zu unserer Partnerregion Małopolska (Kleinpolen).“ Der nunmehr eigenständige Europaausschuss wurde notwendig, um dem erhöhten Beratungsaufwand an europäischen Themen im Parlament gerecht zu werden. Hintergrund ist die am 19. Mai 2011 unterzeichnete Vereinbarung des Landtags mit der Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union, welche die Rechte des Parlaments in EU-Angelegenheiten stärkt.

Mitglieder im Europaausschuss sind:

Gustav Bergemann (CDU), Fritz Schröter (CDU), Dr. Klaus Zeh (CDU), André Blechschmidt (DIE LINKE), Jörg Kubitzki (DIE LINKE), David Eckhardt (SPD), Dorothea Marx (SPD), Marian Koppe (FDP) und Carsten Meyer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mitglieder im Justiz- und Verfassungsausschuss sind:

Wolfgang Fiedler (CDU), Beate Meißner (CDU), Manfred Scherer (CDU), André Blechschmidt (DIE LINKE), Ralf Hauboldt (DIE LINKE), Dr. Thomas Hartung (SPD), Dorothea Marx (SPD), Dirk Bergner (FDP) und Carsten Meyer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausstellungen im Landtag

Ausstellungseröffnung:

„OstMenschen – WestMenschen“

Ab dem 28.09. ist im Thüringer Landtag die Ausstellung „OstMenschen – WestMenschen“ zu sehen. Die Fotoausstellung zeigt Fotografien aus dem privaten Archiv des ostdeutschen Fotografen Dieter Demme als auch Momentaufnahmen des westdeutschen Bildermachers pitze Eckart. Die Fotodokumentation dokumentieren den Alltag in der ‚alten‘ Bundesrepublik sowie in der ehemaligen DDR und verdeutlichen dabei, wie ähnlich sich die Menschen waren, weder Kleidung noch Frisuren lassen auf Ost oder West schließen - allein die Werbemarken wie Marlboro oder Coca Cola verraten die Herkunft der Bilder.

Die Ausstellung wird am 28. September um 13.00 Uhr im Thüringer Landtag eröffnet und ist bis zum 31. Oktober zu sehen.



Aus dem Landtag

Antrittsbesuche

Im September statteten gleich mehrere Botschafter Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) ihren Antrittsbesuch ab. Im Bild ist die Landtagspräsidentin mit dem neuen Generalkonsul der USA für Mitteldeutschland, Mark J. Powell, zu sehen. Der US-Amerikaner war am 22. September zu Gast und informierte sich über den Freistaat und seine vielfältigen Beziehungen in die USA. Außerdem war der zyprische Botschafter in Deutschland, S.E. Pantias D. Eliades, am

7. September auf Einladung der FDP im Landesparlament zu



gegen. Der schwedische Botschafter in Deutschland, Stefan Carlsson, weilte am 21. September in Erfurt.

Gruppenpraktikum

Sieben Studenten der Universität Erfurt und der Universität Jena absolvierten im September ein dreiwöchiges Gruppenpraktikum im Thüringer Landtag. Durch zahlreiche Gespräche und die Teilnahme an Ausschuss- und Plenarsitzungen lernten die angehen-

den Staats- und Politikwissenschaftler die verschiedenen Arbeitsbereiche der Landtagsverwaltung kennen. Dabei erhielten sie einen vertieften Einblick in die Funktions- und Arbeitsweise des Parlaments und die Zusammenarbeit mit anderen Verfassungsorganen.



V.l.n.r.: Laura Tombrink, Peter Tscherny, Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU), Sebastian Sakautzki, Elena Lea Leonhardt, Judith Elter, Johanna Horst, Luisa-Gabriele Meister

Neue Broschüre:

Erinnerungsort Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz

Die Broschüre des Thüringer Landtags und der Stadtverwaltung Erfurt dokumentiert die Eröffnung des Erinnerungsortes „Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz“ am 27. Januar 2011, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Auf 56 Seiten fasst die gleichnamige Broschüre die an diesem Tag gehaltenen Reden, aber auch die internationale Resonanz und die Wahrnehmungen von Zeitzeugen und Besuchern zusammen.

Die Broschüre kann beim Referat Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags angefordert werden.

**Thüringer Landtag
Ref. Öffentlichkeitsarbeit
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt**





Innenpolitiker zu Gast bei der Hundestaffel in Nordhausen

Im Rahmen ihrer zweitägigen Sommerklausur besuchten die Innenpolitiker der CDU-Landtagsfraktion auch die Hundestaffel in der Polizeidirektion Nordhausen. Die CDU-Politiker waren auf zwölf Stationen im Landkreis und in der Stadt Nordhausen unterwegs. Zum Abschluss ihrer auswärtigen Sitzung verabschiedete die CDU-Fraktion „Nordhäuser Beschlüsse“. www.cdu-landtag.de (Downloads)

Kommunale Mehreinnahmen sollen 2012 nicht verrechnet werden

„Entwickeln sich die Steuereinnahmen der Kommunen so weiter, wie sich das jetzt andeutet, können sie 2012 mit deutlich größeren finanziellen Spielräumen rechnen.“ Das hat die CDU-Finanzpolitikerin, Annette Lehmann (im Bild), zu der vom Landesamt für Statistik vorgelegten Halbjahresbilanz 2011 der Kommunalfinanzen gesagt. Nach dem Willen der CDU-Fraktion sollen etwaige eigene Mehreinnahmen, die Kommunen 2012 gegenüber der Maisteuerschätzung 2011 erzielen, nicht mit den Landeszuschüssen für 2012 verrechnet werden. Einen entsprechenden Beschluss hatte die CDU-Fraktion am 31. August in

Nordhausen gefasst, um den Kommunen den Übergang zu einem grundlegend reformier-



ten Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zu erleichtern, der mit Jahresbeginn 2013 in Kraft treten soll. „Da der KFA für das kommende Jahr 2012 auf den Steuerschätzungen vom Mai

2011 beruht, können die Kommunen bei gleichbleibend guter Wirtschaftslage mit einem deutlichen Steuerplus rechnen, das dann nicht verrechnet wird“, sagte Lehmann.

Nach Angaben des Landesamtes für Statistik haben die Kommunen im ersten Halbjahr 2011 insgesamt 5,6 Prozent mehr in der Kasse gehabt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das Steuerplus betrug gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 sogar 12,5 Prozent. Lehmann verwies abschließend nochmals darauf, dass die CDU-Fraktion auf eine umfassende Entlastung der Kommunen hinarbeitet und dazu Aufgaben und Standards überprüfen will.

Abwasserinvestitionen werden überprüft

Für eine flächendeckend gute Gewässerqualität in Thüringen müssen nicht alle Investitionen realisiert werden, die derzeit noch in der Zielplanung und den Beseitigungskonzepten der Abwasserzweckverbände stehen. Davon ist der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Egon Primas, überzeugt. Die europä- und bundesrechtlichen Vorgaben ließen ausreichend Spielraum, um zu kostengünstigeren Lösungen für die Abwasser- aufbereitung in Thüringen zu kommen.

Primas erläuterte, dass die von der EU geforderten Qualitätsstandards nicht bereits 2015, sondern erst 2029 erreicht werden müssten und bei Gebietseinheiten mit weniger als 2000 Einwohnern überdies nicht die gleichen Vorschriften gelten würden. Die CDU-Fraktion hat nach seinen Angaben außerdem den begründeten Verdacht, dass im Verwaltungsvollzug Auflagen erteilt würden, die rechtlich nicht zwingend sind. „Es wäre wünschenswert, wenn Wasserwirtschaftler gelegentlich auch einmal einen Betriebswirt hinzuzögen, um Kosten und Nutzen insgesamt in den Blick zu bekommen“, sagte der Abgeordnete.

Kommunalisierung der Grundschulhorte

Erprobungsmodell hat überzeugt



Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD streben die Kommunalisierung der Grundschulhorte an. Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Emde (im Bild)

wertete das Erprobungsmodell bei der Kommunalisierung als Erfolg. Schule, Hort und örtliche Einrichtungen, Initiativen und Vereine könnten durch die Kommunalisierung gemeinsam ein passgenaueres Ganztagsangebot auf die Beine stellen und die Schulqualität steigern. Eine wichtige Voraussetzung allerdings sei, dass den Erzieherinnen und Erziehern keine finanziellen Nachteile aus der Übertragung erwachsen. Info: Die gemeinsame Erklärung von CDU und SPD finden Sie unter Downloads auf www.cdu-landtag.de.

Zwei Samstage im Monat arbeitsfrei

CDU will Schutz der Beschäftigten verbessern

Verkäuferinnen und Verkäufer sollen an mindestens zwei Samstagen im Monat frei haben. Das hat der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Gerhard Günther (im Bild), in der Debatte zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes erklärt. Die Landesregierung will ihrer Vorlage zufolge den Beschäftigten lediglich einen arbeitsfreien Samstag gesetzlich garantieren. „Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sind freie Samstage besonders wichtig. Einer

pro Monat ist da eindeutig zu wenig“, sagte Günther. Nach den Worten des Wirtschaftspolitikers hat sich das 2006 in Kraft getretene Ladenöffnungsgesetz grundsätzlich bewährt, es gebe aber kleineren Korrekturbedarf.



Beitragsproblematik nicht aussitzen

„Das beeindruckende Ergebnis der Sammlung der Unterstützungsunterschriften für den Zulassungsantrag des Volksbegehrens für sozial gerechte Kommunalabgaben in Thüringen belegt, dass die Landespolitik das Problem der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge nicht aussitzen kann“, so der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN im Landtag Frank Kuschel. 25.000 Unterschriften – das Fünffache dessen, was für den Zulassungsantrag nötig gewesen wäre – kamen zusammen. Nach der gegenwärtig laufenden Prüfung durch das Innenministerium wird der Zulassungsantrag bei der Landtagspräsidentin eingereicht. Sie muss innerhalb von sechs Wochen über die Zulässigkeit des Volksbegehrens entscheiden.

Neue Ausstellung mit „Gedächtnisprotokollen“



Die neue Ausstellung in der Linksfraktion zeigt Bilder des Ilmenauer Autodidakten Bodo Busch (im Foto links). Er gehörte in der DDR zu den wenigen totalen Wehrdienstverweigerern und war in der Umweltbewegung aktiv. „In seinen Werken ‚Gedächtnisprotokolle‘ setzt er sich auseinander mit Vergangenheit und Gegenwart. Auszüge aus Verhörprotokollen der Stasi prägen genauso das Bild, wie aktuelle Zeitungsausschnitte mit Interviews von Menschen, die sich heute als Richter über andere erheben, aber ihre eigene Vergangenheit verdrängen“, so Petra Enders in ihrer Laudatio.

„In einer wichtigen Frage so viel Einigkeit“

Bewegende Worte des ehemaligen Buchenwald-Häftlings Gert Schramm

Als einen „sehr erfolgreichen Tag“, hatte Bodo Ramelow den 15. September mit dem Landtagsprotest gegen die Provokationen der NPD bezeichnet. „Alle Fraktionen haben gemeinsam mit verschiedenen Aktionen und symbolischen Handlungen deutlich gemacht, dass hier kein Ort für Nazis ist. Danke an alle Beteiligten, dass es in dieser wichtigen Frage so viel Einigkeit über ein gemeinsames Vorgehen gab“, betonte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN.

Mit der Präsentation von Schautafeln im Foyer des Landtags und einer szenischen Lesung im Außenbereich wurden Zynismus und Demagogie der Neonazis verdeutlicht und auf den 15.9.1935 hingewiesen, wo mit der Verabschiedung der sogenannten Nürnberger Rassengesetze der Grundstein für millionenfachen Mord gelegt worden war. Mit der Ausstellung im Landtag war Bezug

genommen worden auf das Motto der NPD-Demonstration „Arbeit“, „Familie“ und „Heimat“ – Begriffe, die von den Nazis menschenverachtend missbraucht wurden.

Ramelow), der bei der szenischen Lesung vor dem Landtag über seinen Leidensweg berichtet hatte. Als 14jähriger war er 1943 in Langensalza verhaftet und von der Gestapo in



Sehr bewegend und beeindruckend waren die mahnenden Worte des ehemaligen Buchenwald-Häftlings Gert Schramm (im Foto zusammen mit Birgit Klaubert und Bodo

verschiedenen Kerkern gefordert worden – auch in den Kellerräumen der SS in der Hindenburgstraße 7, dem heutigen Fraktionsgebäude des Thüringer Landtags.

Einen „Pakt der Verlässlichkeit mit den Kommunen“

Einen „Pakt der Verlässlichkeit mit den Kommunen“, hat der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Landtagsdebatte zum Haushaltsentwurf für 2012 vorgeschlagen. „In diese Vereinbarung könnten dann auch Regelgrößen, welche Standards eine Kommune haben muss und sinnvoll sind. Dann müssten aber der Finanzminister und der Innenminister an einem Strang ziehen. Dann bräuchten Sie allerdings auch den Mut und die Kraft, eine umfassende Ver-

waltungsreform auf den Weg zu bringen und nicht erst den



Kommunalen Finanzausgleich schleifen“, so Bodo Ramelow weiter. Er hatte in diesem Zusammenhang auch Bezug genom-

men auf die außerordentliche Mitgliederversammlung des Thüringer Städte- und Gemeindebundes am 2. September auf der Erfurter Messe, wo sich mehr als 600 Thüringer Bürgermeister gegen die massiven Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich gewandt und vor einem finanziellen Kollaps gewarnt hatten. Auch Abgeordnete der Linksfraktion waren vor Ort und hatten erneut einen „Schutzschirm für die Kommunen“ gefordert.

Unverantwortliche K+S-Laugenverpressung

„Um vor einer weiteren Kali-Laugenverpressung zu warnen und die Gefahren einer unverantwortlichen K+S-Konzernpolitik für Natur und Umwelt vor Augen zu führen“, hatten die Umweltpolitikerin der Linksfraktion, Katja Wolf, und der Landwirtschaftspolitiker, Tilo Kummer, zusammen mit weiteren Umweltpolitikern zu einer Aktion bei Dippach (Berka/Werra) eingeladen. Durch die Verkokung von Salzwasser, das hier diffus

durch die Kali-Laugenversenkung zu Tage tritt, konnte man einen Eindruck davon gewinnen, welche Besorgnis erregende Mengen an Salz hier als Lauge verpresst werden. An den Wiesen der Umgebung ist die Zerstörung durch die Salzvegetation zudem unübersehbar. Eine neue Versenkungserlaubnis für den Kali-Konzern müsse verhindert werden, unterstrichen die Abgeordneten der Linksfraktion.





Sorge für viel Aufmerksamkeit: Klaus-Michael Kodalle bei seinem Vortrag vor dem Landtag. (Foto: Fraktion)

Philosophieren gegen Nazis SPD-Fraktion lud zur Debatte im öffentlichen Raum mit dem Jenaer Professor Klaus-Michael Kodalle

Wie kann man seinem Protest gegen Neonazis sichtbar Ausdruck verleihen? Mitarbeiter und Abgeordnete der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag taten dies unter anderem, indem sie leuchtend rote T-Shirts mit dem Aufdruck „Null Toleranz für Nazis“ bei einer Protestveranstaltung Mitte September vor dem Thüringer Landtag trugen. Zumindest zeitweilig in Sichtweite: Vertreter der rechtsextremen NPD, die bei einem einstündigen genehmigten „Aufmarsch“ in der Nähe des Landtags auf Öffentlichkeit hofften.

Ein Unterfangen, das grülich daneben ging: Mit Pfiffen, Buhrufen und anderen Zeichen des Protests artikulierten Abgeordnete aller Fraktionen, Mitarbeiter und Vertreter von Parteien, Vereinen und Verbänden ihren Zorn über den Aufmarsch. Mit einem Vortrag des emeritierten Jenaer Philosophie-Profs



Klaus-Michael Kodalle im Gespräch mit Bildungsminister Christoph Matschie und einem interessierten Bürger. (Foto: Hielscher)

tierten Jenaer Philosophie-Profs Klaus-Michael Kodalle und einer öffentlichen Debatte im Freien hatte die SPD-Fraktion eingeladen, mit Klaus-Michael Kodalle über Grundsatzfragen und Probleme unserer Politik und Gesellschaftsordnung zu diskutieren.“ Am Stand der SPD-Fraktion hatte jeder die Möglichkeit, sich philosophische und historische Literatur auszuleihen, um sich so auf den Vortrag und die anschließende Diskussion vorzubereiten.

„Was muss sich in unserer politischen Kultur, in unserem politischen System ändern, damit nicht immer mehr Menschen aus ‚Politikverdrossenheit‘ sich braunen Verführern anschließen? Ausgrenzung der im ‚Gestrigen‘ Verfangenen oder: Rückgewinnung dieser Menschen für eine Kultur des menschenfreundlichen Pluralismus?“ – solche und andere Fragen diskutierten die Teilnehmer des ungewöhnlichen Forums mit dem Jenaer Professor.

SPD-Fraktion wirbt für Windenergie

Die Öffentlichkeit über das Thema Windenergie informieren und Vorurteile in der Bevölkerung abbauen - ein Windenergieforum, zu dem die SPD-Fraktion einlud, soll dabei helfen.



Obwohl Thüringen sich das Ziel gesetzt hat, „Grüner Motor Deutschlands“ sein zu wollen, steht der Freistaat bei der Windenergie im Vergleich mit anderen Bundesländern schlecht da. Mit nur 730 Megawatt installierter Windkraftleistung belegt Thüringen nur Rang 9 im Ländervergleich. Frank Weber, energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, tritt daher für einen deutlichen Ausbau der Windenergie ein. „Wir müssen die Flächenbereitstellung für Windenergie in Thüringen von heute 0,3 Prozent auf mindestens ein Prozent der Landesfläche ausweiten“, fordert er. Wie das erreicht werden kann und welche Probleme dieser Ausbau der Windkraft mit sich bringt, stand im Mittelpunkt der Veranstaltung. Hochkarätige Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik kamen bei der zweitägigen Veranstaltung zu Wort. Eröffnet wurde das zweitägige und gut besuchte Forum von Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig.

SPD-Justizpolitikerin Marx: Neues Thüringer Datenschutzgesetz ist wegweisend

„Mit dem in der letzten Plenarsitzung eingebrachten Gesetz zur Novellierung des Thüringer Datenschutzrechts werden gegenüber dem bisherigen Recht die Voraussetzungen für erlaubte Datenerhebungen bei den Bürgern und ihre Verarbeitung erheblich verschärft“, so Dorothea Marx, justizpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. So sei in Zukunft etwa die Einwilligung von Betroffenen kein Frei-

brief mehr, mit sensiblen Daten quasi nach Belieben umzugehen. „Die Bürger erhalten neue umfassende Rechte auf Auskunft und Einsicht zu den Informationen, die zu ihrer Person gesammelt werden. Auch die Bestimmungen zur Löschung von Daten werden verschärft“, so die SPD-Politikerin. Künf-



Dorothea Marx und Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn im Plenum. (Foto: Hielscher)

tig müssten Betroffene vor jeder Weitergabe ihrer Daten unterrichtet werden. Somit könne jeder nachvollziehen, wer über welche Daten verfüge und ob dies rechtlich zulässig sei. Marx betont jedoch, dass zur Umsetzung der neuen Regelung eine verbesserte Sach- und Personalausstattung des Datenschutzbeauftragten erforderlich sei und garantiert werden müsse.



Dirk Bergner initiierte die Kehrtaktion gegen braunen Dreck.

Keine Zwangskommunalisierung der Horte

„Die geplante Kommunalisierung der Grundschulhorte trifft nicht auf einvernehmlich positive Rückmeldungen“, fasst die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Franka Hitzing, die Ergebnisse mehrerer Gespräche in den Modellprojektregionen zusammen. Eine solche Entscheidung, welche sich auf die Qualität kindlicher Bildung unmittelbar auswirke, wäge man besser mit Argumenten vor Ort mit den Beteiligten ab. „Die Horte sollten da kommunalisiert werden, wo es in der praktischen Arbeit die beste Lösung zur Organisation ist“, wirbt Hitzing für eine auf Freiwilligkeit beru-

Zum Auftakt der Beratungen zum Landeshaushaltentwurf 2012 im Haushaltsausschuss des Thüringer Landtages erneuerte der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Uwe Barth, die Forderung nach einem konsequenten Schuldenabbau in Thüringen. „Auch wir müssen in Thüringen unseren Teil zur Lösung der Eurokrise beitragen. Da diese durch die insgesamt viel zu hohe Staatsverschuldung in Europa ausgelöst wurde, sollte der Freistaat Thüringen beim Schuldenabbau seinen Beitrag leisten.“ Barth betonte, Thüringen

hende Lösung. Zentrales Kriterium bei der Entscheidung zur Übertragung der Verantwortung an die Kommune müsse sein, dass die Horte ihren Bildungsauftrag bestmöglich im Sinne der Kinder erfüllen können. Wenn Grundschulen und Horte zwei verschiedene Träger hätten, müsse geklärt werden, wer weisungsberechtigt und wer in welchen Belangen Ansprechpartner für die Eltern sei. Es dürfe nicht sein, dass man sich im Zweifelsfall den Schwarzen Peter gegenseitig zuschieben könne. Außerdem müsse geklärt werden, welche Leitlinien für die pädagogische Betreuung im Hort nach einer Kommunalisierung gelten.

Verkehrsinfrastrukturfonds gaukeln nur Lösung vor

„Kommunen, denen seit vielen Jahren Umgehungsstraßen oder Zubringertrassen zu den Autobahnen versprochen worden sind, werden auf Dauer mit dem Durchgangsverkehr leben müssen bzw. von den Fernverbindungen abgeschnitten bleiben“, befürchtet der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Heinz Untermann. „Dem Land fehlen die Eigenmittel, um Bundesgelder abzurufen. Die Kommunen sollen nun Kredite aufnehmen, um in den Straßenbau zu investieren.“ In den geplanten Verkehrsinfrastrukturfonds sieht

der liberale Abgeordnete, der auch stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Bau, Verkehr- und Landesentwicklung ist, lediglich eine neue Mogelpackung. Bislang hätten Kommunen Zuschüsse für die Sanierung ihrer Straßen beim Land beantragen können, um überhaupt sanieren zu können. In Zukunft solle es nur noch zinslose Kredite geben. „Am Ende stehen die Kommunen vor der Wahl, sich entweder das Geld von den Anliegern zu holen oder gänzlich auf Straßensanierungen zu verzichten“, befürchtet Untermann.



Liberale halten Kurs: Beim 20. Sommerda-Rafting belegte die FDP-Landtagsfraktion Platz 30 von 141 gestarteten Booten.

sei zwar noch nicht bei griechischen Verhältnissen angelangt, angesichts des Rückgangs der Landeseinnahmen bis 2020 um bis zu 30 Prozent müsse die Politik aber jetzt handeln. Er kündigte deshalb an, dass die FDP-Fraktion auch dieses Jahr wieder intensiv nach Einsparpotenzial im Haushalt suchen werde, damit Thüringen nicht noch tiefer in die Schuldenfalle gerate. In Staaten, die schon in der Überschuldungsfalle steckten, helfe dagegen nur noch eine konsequente Sanierung durch einen Schuldenschnitt. Bei die-

FDP für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

„Moderne Gleichstellungspolitik setzt sich damit auseinander, dass gleiche Teilhabe im sozialen und beruflichen Leben ermöglicht wird“, sagt der Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses, Thomas L. Kemmerich, und bedauert die Ablehnung des FDP-Antrages zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag. Während alle Fraktionen in ihren Redebeiträgen die zwar gute, aber verbesserungswürdige Situation der Kinderbetreuung in Thüringen anerkannten, stimmten die Regierungsfraktionen als

einziges gegen eine Überweisung in die Ausschüsse. „Die Facharbeit eines Parlaments wird vor allem in den Ausschüssen geleistet“, so der Liberale. Für Kemmerich wäre eine Beratung die ideale Möglichkeit gewesen, die Umsetzung des KiTa-Gesetzes zu begleiten und auch Probleme des Alltags von berufstätigen Elternteilen mit Schulkindern anzusprechen. „Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Träger verbessern. Es ist vor allem die Bürokratie, die eine Flexibilisierung bei der Kinderbetreuung verhindert“, so Kemmerich.



Eine Delegation der IHK Weißbrunland besuchte die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag und wurde vom wirtschaftspolitischen Sprecher Thomas L. Kemmerich empfangen.

Ministergesetz zügig verabschieden

Die FDP-Fraktion hat ihre Forderung nach einer zügigen Verabschiedung des Ministergesetzes bekräftigt. „Wenn jetzt das Ministergesetz auf die lange Bank geschoben wird, weil sich die Koalition nicht auf die vereinbarten Kürzungen einigen kann, liegt es doch auf der Hand, dass die Bevölkerung weiter ihr Vertrauen in die Politik verliert und von Selbstbedienungsmentalität spricht“, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Dirk Bergner, in der aktuellen Stunde auf Antrag der FDP im September-Plenum. Er habe sich mehr Verantwortungsbewusstsein und Fin-

gerspitzengefühl erhofft. Eine Anrechnung von Einkünften, die nach dem Ausscheiden in der freien Wirtschaft erzielt würden, soweit sie zusammen mit dem Ruhegehalt das Amtsgelalt überstiegen, sei „mehr als fair“. Um Thüringen auf die künftigen Herausforderungen vorzubereiten, seien alle aufgefordert, etwas beizutragen. Bislang würden die Sparlasten einseitig auf die Kommunen verteilt. Er werbe für einen zügigen Abschluss des Verfahrens und ein Ministergesetz, das angemessene Regeln enthalte, die in der Bevölkerung auch verstanden würden, so Bergner abschließend.

Konsequent werden

Die fröhliche Fanfare des unbegrenzten Wachstums ist verklungen. Wir müssen unseren Wohlstand auch in Thüringen so organisieren, dass wir nicht länger sklavisch abhängig vom Wachstum sind. Da stehen wir noch ganz am Anfang.

Weder mittel- noch langfristig wird der Freistaat ohne große Strukturreformen einen schuldenfreien Haushalt aus eigener Kraft aufstellen können.

Bis 2020 fließen jährlich rund 250 Millionen Euro weniger Einnahmen in die Landeskasse. „Deshalb ist eine Verwaltungs- und Gebietsreform ebenso nötig wie die Verankerung einer antizyklischen Schuldenbremse in der Thüringer Verfassung“, sagt Anja Siegesmund, Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Klar ist aber auch: Sowohl das Land als auch die Kommu-

nen können ohne eine Verbesserung der Einnahmeseite durch den Bund ihre Haushalte künftig kaum stemmen. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Land auf, sich im Bund für die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz stark zu machen. „Außerdem setzen wir uns für die Etablierung einer Föderalismuskommission III ein, die unter anderem die Abschaffung des unsinnigen Kooperations-

verbotes beschließen könnte. Aber dazu braucht es Mut und Konsequenz“, so Anja Siegesmund.



Mit einer Aktion auf dem Erfurter Anger machte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den übermäßigen Ressourcenverbrauch aufmerksam. Dr. Frank Augsten, Anja Siegesmund und Dirk Adams (v.l.) stellten sich den Fragen der Interessierten.

In Sachen Gentechnologie...

...bleibt Thüringen leider nicht konsequent.

Noch im vergangenen Jahr hatte der Landtag den wegweisenden Beschluss auf den Weg gebracht, dass landeseigene Flächen gentechnikfrei bewirtschaftet werden müssen.

Der Schutz dieser Äcker und Wiesen kann aber nur funk-

tionieren, wenn die Nachbarflächen möglichst weiträumig gentechnikfrei gehalten werden. Auch der Europäische Gerichtshof hat das hohe Kontaminationsrisiko durch gentechnisch veränderte Organismen bestätigt. Daher haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in logischer und konsequenter

Gesetz zu freien Schulen vor Verfassungsgericht

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lässt das Thüringer Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft vom Thüringer Verfassungsgericht prüfen.

„Unsere Einschätzung war von Anfang an, dass dieses Gesetz freie Träger, die einen öffentlichen Bildungsauftrag erfüllen, ganz klar unzulässig benachteiligt“, sagt Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion. Diese meint, die staatliche Finanzhilfe ist nicht bedarfsorientiert und transparent ausgestaltet. Die

Fraktion hat bis zuletzt entsprechende Änderungsanträge im parlamentarischen Verfahren gestellt, um die zweifelhaften Regelungen zu ändern – sie wurden jedoch nicht übernommen.

„Unser Anliegen war und ist es eigentlich nicht, Politik über die Gerichte durchzusetzen. Wir wollen und werden uns aber nicht damit abfinden, dass freie Schulen gegenüber staatlichen Schulen derart benachteiligt werden und die Wahlfreiheit für Eltern sowie Schülerinnen und Schüler auf der Strecke bleibt“, so Rothe-Beinlich.

Fortführung des gentechnikkritischen und damit verbraucherfreundlichen Kurses Thüringens die Landesregierung aufgefordert, bei der nächsten Verpachtung der Landesflächen nur Betriebe zu berücksichtigen, die auf der Gesamtfläche gentechnikfrei wirtschaften.

„Dass unser Antrag noch nicht einmal im Ausschuss weiterberaten werden konnte, lässt vermuten, dass die öffentlich propagierte gentechnikkritische Position des Freistaates nicht wirklich ernst gemeint ist“, sagt Dr. Frank Augsten, umweltpolitischer Sprecher der bündnisgrünen Fraktion.

MDR ist mehr als Skandal und Betrug

Derzeit wird der Mitteldeutsche Rundfunk vor allem mit Skandalen verbunden. Nach dem KIKA-Betrugsskandal im Frühjahr sind es nun die Machenschaften des Fernsehprogrammchefs, die den Ruf des Senders belasten. Dabei gibt es aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genug andere Themen, die es wert sind, in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert zu werden.

Carsten Meyer, der die bündnisgrüne Position im Rundfunkrat vertritt, unterstreicht: „Es gibt einen neuen Intendanten und viele andere leiten-

de Positionen sind neu besetzt worden. Der MDR steht vor einer personellen Erneuerung.“ Aber auch die Inhalte der verschiedenen Programme wurden einer teilweise grundlegenden Veränderung unterzogen. „Wer sich die Radiosender des MDR anhört, wird bei Figaro, Jump und auch MDR1 teilweise deutliche Modernisierungen wahrnehmen.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN meinen, diese Entwicklungen haben mehr Aufmerksamkeit verdient als die skandalösen Vorfälle, die durch Einzelne verursacht worden sind.



In diesem Jahr stand die Sommerreihe der Fraktion am 26. August unter dem Motto „(Land)Wirtschaft mit grünem Daumen“. Unter anderem wurde über nachhaltigen Konsum und über den ersten Carrotmob in Erfurt am 11. Oktober informiert.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@
landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.
thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:

Dr. Detlef Baer

Satz und Layout:

Andrea Parsche

Druck:

Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Bürgerbeauftragte (BÜB) als Ansprechpartnerin in Jugendamtsangelegenheiten

Eine Familie aus Rheinland-Pfalz (RLP) hat ein besonderes Problem an die BÜB herangetragen. Ein in Thüringen bei seiner Mutter beheimateter 15-jähriger Jugendlicher hatte seiner ehemaligen Stiefmutter, Frau M., welche zwischenzeitlich mit wiederum „neuer“ Familie in RLP lebt, unter dem Vorwand, seinen kleinen Halbbruder sehen zu wollen, einen Besuch abgestattet. Dort angekommen teilte er mit, aufgrund schlechter häuslicher Verhältnisse nicht mehr zu seiner Mutter zurück zu wollen. Frau M. tat das Richtige: Sie setzte sich mit dem Jugendamt (JA) der Heimatstadt des Jungen in Verbindung und vereinbarte einen Gesprächster-

min. Dieser fand kurzfristig statt. Im Ergebnis dieser Zusammenkunft verfasste die Mutter unter den Augen und mit Anleitung des JA ein paar Zeilen, denen zufolge sie damit einverstanden ist, dass ihr Sohn zukünftig bei der Pflege-mutter lebt. Im Anschluss daran durften Frau M. und ihr Mann ohne weiteres Ansehen ihrer Person den Jugendlichen nach RLP mitnehmen!!! Dort angekommen, teilte Frau M. dem dortigen JA mit, dass der Jugendliche ab jetzt in ihrer Familie lebe. Zwar fand daraufhin eine Inaugenscheinnahme ihres Haushaltes statt; zum Zeitpunkt ihrer Vorsprache bei der BÜB war seitdem jedoch bereits ein dreiviertel Jahr ver-

gangen. Frau M. hatte bislang keinerlei finanzielle Unterstützung für den Jugendlichen erhalten. Dementgegen schienen sowohl das Kindergeld als auch Leistungen nach dem SGB II nach wie vor an die Mutter in Thüringen zu gehen. Des Weiteren war Frau M. weder eine Pflegeurlaubnis erteilt worden noch war seitens des JA die Möglichkeit einer Pflegeschaft geprüft worden, sodass der Jugendliche weiter mit der Angst lebte, zu seiner Mutter zurück zu müssen. Die BÜB hat unter Einbindung des Thüringer Landesjugendamt nun die Prüfung einer Vollzeitpflege anregen können, was der Lage des Jungen und seiner Pflegefamilie entgegenkäme.

Der Datenschutzbeauftragte

Datenschutz endlich auch in Thüringen verbessern

In der letzten Plenartagung am 16.09.2011 hat der Thüringer Landtag den Gesetzentwurf zur Änderung des ThürDSG (Drs. 5/3086) in erster Lesung behandelt. Dabei haben sich die Vertreter der Oppositionsfraktionen der zuvor vom TLfD geäußerten Kritik am Entwurf angeschlossen, wonach die vom Europäischen Gerichtshof in seinem Urteil vom 09.03.2010 geforderte völlige Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörde für den privaten Bereich (vgl. LT-Kurier 03/2011, S. 8) bei der beabsichtigten Übertragung dieser Aufgabe auf den TLfD nicht in vollem Umfang gewährleistet ist. Insbesondere durch das Letztentscheidungsrecht der Landtagspräsi-

dentin über die Personal- und Sachforderungen beim Haushaltsaufstellungsverfahren würde ein unzulässiger Einfluss auf die notwendige Ausstattung des Landesbeauftragten genommen, was unmittelbar negative Auswirkungen auf seine Unabhängigkeit hat. Die Oppositionsfraktionen unterstützten daher die Forderung des TLfD, dass dieser als oberste Landesbehörde beim Landtag eingerichtet wird und damit vergleichbare Rechte wie der Landesrechnungshof erhalten soll. Weitgehende Einigkeit bestand bei den Parlamentariern auch darüber, dass eine unabhängige und effektive Wahrnehmung der neuen Aufgabe durch den TLfD im Umfang

des bislang beim Landesverwaltungsamt tätigen Personals nicht möglich ist und daher in den laufenden Haushaltsberatungen eine deutliche Personalaufstockung des TLfD notwendig ist. Der vorgelegte Entwurf enthält auch nicht alle zu einer umfangreichen Modernisierung erforderlichen Regelungen. So fehlen z.B. Bestimmungen zur Internetveröffentlichung, eine Informationspflicht bei Datenpannen sowie Regelungen zum Einsatz von Fernmess- und Fernwirkdiensten. Der TLfD wird seine bislang gegenüber der Landesregierung weitgehend erfolglos vorgebrachten Änderungsvorschläge nun auch dem Innenausschuss vorlegen.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Fortgerissen, Ausgesperrt, Heimatlos – 50 Jahre Zwangsausiedlung 1961

Kongress des Bundes der Zwangsausgesiedelten e.V. und der TLStU
am 01.10.11 ab 10 Uhr im Thüringer Landtag

Meldung des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst der DDR) 18. Juni 1952.

„[...] In der letzten Zeit werden jedoch durch feindliche Elemente verleumderische Gerüchte in Umlauf gesetzt, wonach aus den Ortschaften, die in dem Fünf-Kilometer-Streifen an der Demarkationslinie liegen, eine Massenausiedlung von Einwohnern durchgeführt werden soll. Die Haltlosigkeit und der feindselige Charakter dieser Gerüchte sind offensichtlich. Wie aus wohlunterrichteten Kreisen verlautet, sind keinerlei Aussiedlungen aus den Ortschaften, die im Fünf-Kilometer-Gürtel oder in dem 500-Meter-

Streifen an der Demarkationslinie liegen, vorgesehen.“

Aber die Schwarzen Listen wurden bereits geschrieben. Bereits im Juni 1952 waren in verbrecherischen Deportationen 8.369 Menschen aus dem Sperrgebiet der DDR in das Landesinnere umgesiedelt worden. Neun Jahre später, am 3. Oktober 1961, wiederholten sich die Szenen: wieder rollten in den frühen Morgenstunden die Lastwagen, wurden ganze Familie binnen weniger Stunden brutal verladen, damit die stabsmäßig vorbereitete Willkürmaßnahme reibungslos abliefe. 3.175 Menschen verloren Heimat und Besitz.

Die Zwangsausgesiedelten Erwachsene, Kinder und alte Menschen tragen sich bis heute mit unauslöschbaren Erinnerungen an einen Tag, an dem sich ihr Leben von heute auf morgen gravierend änderte. Auch für die Zurückbleibenden ein schwerer Schock.

Der Kongress im Thüringer Landtag soll an dieses Unrecht erinnern. Wir wollen hören, was Heimatverlust für die Alten und Jungen damals und heute bedeutet. Wir wollen Politik und Gesellschaft sensibilisieren für das Leid dieser Menschen und auf Möglichkeiten der Wiedergutmachung hinweisen.